

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 8 15 20-0
Telefax: 8 88 848 ppbn d
Telefax: 8 15 20-12

Inhalt

Walter Edenhofer, AfA-Sekretär, erläutert die sozialen Bedingungen des europäischen Integrationsprozesses.

Seite 1

Dr. Marliese Dobberthien MdB kritisiert mangelnde Gleichberechtigung.

Seite 2

Karsten D. Voigt unterbreitet ein Konzept zu einem Sicherheitsvertrag mit Osteuropa und den GUS-Staaten (Teil I).

Seite 3

47. Jahrgang / 41

27. Februar 1992

Für eine umfassende europäische Sozialordnung Soziale Sicherheit im europäischen Integrationsprozeß

Von Walter Edenhofer

Bundessekretär der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA)

Nach den stürmischen Umbrüchen in Mittel- und Osteuropa sind die Staaten der europäischen Gemeinschaft mit der größten Herausforderung in ihrer Geschichte konfrontiert. Nach Ansicht von Frans Andriessen, Vizepräsident der EG-Kommission, kann sich die Europäische Gemeinschaft nicht vor der Aufgabe verschließen, alle Völker Europas, die dies wünschen, in die Errungenschaften des europäischen Integrationsprozesses einzubeziehen. Dies würde in absehbarer Zeit etwa eine Verdoppelung der Zahl der EG-Mitgliedstaaten bedeuten.

Mit Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei hat die EG im Dezember bereits Assoziierungsverträge geschlossen, die den drei Ländern einen weitgehend freien Zugang zum EG-Binnenmarkt sichern. In einem Assoziationsrat soll auf Ministerebene ein ständiger politischer Dialog mit den drei Ländern etabliert werden.

Unverzichtbarer Bestandteil des gesamteuropäischen Integrationsprozesses sind auch die Beziehungen der EG zu den Republiken der ehemaligen Sowjetunion, auch wenn heute noch nicht absehbar ist, welche endgültige Form die Kompetenzverteilung zwischen den Republiken in der Wirtschafts-, Währungs- und Sicherheitspolitik haben wird. Für weitere wirtschaftliche und technische Hilfe der westlichen Welt ist diese Frage allerdings von größter Bedeutung.

Europas Sicherheit ist nicht mehr primär eine Angelegenheit von NATO-Strategen und Verteidigungsministern, sondern vor allem auch von Wirtschafts- und Sozialpolitikern, Unternehmern und Gewerkschaftern. Dabei soll das Problem der Streitkräfte und der Kernwaffen in der GUS nicht unterschätzt werden. Aber wirtschaftliches und soziales Chaos in den Staaten Osteuropas und in der GUS würde unvermeidlich auch zur Sicherheitsfrage für ganz Europa werden. Daß die Zukunft der GUS in Demokratie und Marktwirtschaft liegt, bleibt zunächst nur eine Hoffnung.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressenhaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
mit wertvollen Recycling-Papier



Ob sie sich erfüllt, hängt nicht zuletzt von dem Ausmaß an staatlicher, wirtschaftlicher und technischer Hilfe aus dem Westen ab. Außerdem kommt es darauf an, den demokratischen und wirtschaftlichen Reformprozeß durch Unterstützung und Zusammenarbeit im Bereich der sozialen Sicherheit, gleichrangig neben wirtschaftlicher und technischer Hilfe, als Teil des europäischen Integrationsprozesses zu fördern.

Notwendig für Europa ist nicht nur eine neue Sicherheitsordnung, sondern auch eine europäische Sozialordnung, in der die grundlegenden Rechte der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften West- und Osteuropas anerkannt werden: Recht auf Arbeit, soziale Sicherheit, Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte, Arbeitssicherheit und Umweltschutz, berufliche Qualifizierung, Gewerkschaftsrechte und Tarifautonomie.

Die sozialen Defizite in der Politik der Europäischen Gemeinschaft sind unverkennbar und unbestreitbar. Das zeigen auch die Ergebnisse des Maastrichter EG-Gipfels. Umso mehr zeigt sich die dringende Notwendigkeit, im Rahmen der Prinzipien der Schlußakte der KSZE, Initiativen zur Schaffung einer umfassenden europäischen Sozialordnung, auch als Beitrag zu einer europäischen Friedensordnung, zu ergreifen. Angesichts sehr unterschiedlicher wirtschaftlicher und sozialer Bedingungen und Interessen in den einzelnen Ländern Europas und ihrer historischen Vergangenheit ist dies keine leichte Aufgabe. Dennoch: Der demokratische und wirtschaftliche Reformprozeß im Osten Europas wird nicht gelingen, wenn er nicht mit einer Intensivierung der demokratischen und sozialen Kultur und Sicherheit verbunden wird. Dabei kann nicht einfach darauf vertraut werden, daß diese Aufgabe von der europäischen Gemeinschaft und den Staaten, die sich im wirtschaftlichen Reformprozeß in Osteuropa engagieren, sozusagen nebenbei miterledigt wird. Vielmehr handelt es sich um eine europaweite Aufgabe, zu deren Bewältigung in erster Linie die sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaften, auch im Interesse ihrer eigenen Selbstbehauptung und Stärke, aufgerufen sind. Die IG Chemie, Papier, Keramik hat mit ihrer Osteuropakonferenz im Dezember damit einen wichtigen Anfang gemacht.

(-/27. Februar 1992/rs/fr)

Bundesjugendkuratorium noch immer männerbeherrscht **Trotz Erhöhung des Frauenanteils**

Von Dr. Marliese Dobberthien MdB

Auch nach der Neuberufung des Bundesjugendkuratoriums, die in Kürze von der Bundesministerin für Frauen und Jugend vollzogen werden soll, wird dieses Gremium, das die Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der Jugendhilfe berät, von einer satten Männermehrheit beherrscht sein.

Trotz der von der Bundesregierung angekündigten Maßnahmen zur Verbesserung der Frauenrepräsentanz in Gremien, auf deren Besetzung die Bundesregierung Einfluß hat, ist es der Bundesregierung in Absprache mit den beteiligten Verbänden gelungen, das neue Bundesjugendkuratorium zu mehr als zwei Drittel mit Männern zu besetzen. Nur sechs (bisher drei) von 20 Mitgliedern werden Frauen sein. Damit wurde zwar der Frauenanteil deutlich erhöht. Es ist aber nach wie vor nicht einsichtig, warum Frauen sogar in den Bereichen, in denen sie traditionell stark engagiert sind, bei Ämterbesetzungen in geringerer Anzahl berücksichtigt werden. Soziales Engagement von Frauen ist demnach erwünscht, nicht jedoch ihre Berufung in wichtige Positionen.

Schaut man sich die hierzu vorgesehene Regelung im geplanten Bundesgremiengesetz an, das Teil des als Diskussionsentwurf vorliegenden Gleichberechtigungsgesetz aus dem Bundesfrauenministerium ist, so wird sich diese unbefriedigende Situation in absehbarer Zukunft nicht ändern. Gesetzesziel ist lediglich, daß bei Berufungen und Benennungen der Mitglieder

öffentlicher Gremien alle am Verfahren Beteiligten darauf hinzuwirken hätten, daß eine gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen und Männern in öffentlichen Gremien hergestellt wird. Die Gesetzesbegründung spricht sogar nur noch von dem Bemühen eine gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen und Männern zu erreichen.

Alle Quotenregelungen werden abgelehnt. Stattdessen wird auf Freiwilligkeit gesetzt. Ein Verfahren, das den Frauenanteil 'automatisch' erhöht - etwa durch Quoten - wird ausdrücklich verworfen. Die 'Bereitschaft der Beteiligten, entsprechende Anstrengungen im Rahmen ihrer Verantwortung' zu unternehmen, ist wesentliches Gesetzesziel. Wie diese Bereitschaft hergestellt wird, wo sie nicht vorhanden ist, bleibt völlig offen.

Immerhin ist vorgesehen, die vorschlagenden Stellen zu verpflichten, stets doppelt so viele Personenvorschläge vorzulegen, wie Ämter von ihnen zu besetzen sind. Die berufende Stelle soll dann bei der Auswahl beide Geschlechter angemessen berücksichtigen. In diesem Fall bleibe uns wenigstens die Peinlichkeit erspart, daß auch die SPD-nahen Organisationen Arbeiterwohlfahrt und Sozialistische Jugend - Die Falken - Männer zur Berufung in das Bundesjugendkuratorium vorschlagen, wie bei dieser Neuberufung geschehen.

(-/27. Februar 1992/rs/tr)

Wege zum Sicherheits- und Partnerschaftsvertrag mit Osteuropa und der GUS (Teil I)

Zur Weiterentwicklung von KSZE, NATO und Nordatlantischem Kooperationsrat

Von Karsten D. Volgt
Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Zur Weiterentwicklung der Sicherheitspolitik im Gebiet der KSZE

A. Vorbemerkung:

Seit 1979 verfolgt die SPD das Konzept der Sicherheitspartnerschaft und gemeinsamen Sicherheit (Palme-Kommission) mit dem Ziel, die Militärblöcke durch ein gesamteuropäisches System der Sicherheit zu überwinden. Heute ist der östliche Block beseitigt, die Sowjetunion in Einzelstaaten aufgelöst und die von Moskau geführte kommunistische Welt auf dem schwierigen Wege, mit demokratisch verfaßten Gesellschaften und dem Übergang zur Marktwirtschaft ihren Völkern eine lebenswerte Perspektive zu geben.

Trotz dieses gewaltigen Umbruchs ist die politische, ökonomische und militärische Reaktion des Westens insgesamt zwar von wortreicher Sympathie, nicht aber von der notwendigen Konsequenz im Handeln geprägt. Der Westen insgesamt und die Bundesrepublik insbesondere erweckt den Eindruck, daß er sich vor allem mit politischen, ökonomischen und militärischen Mitteln gegen Instabilitäten außerhalb des Westens abzuschirmen versucht.

Die Konzepte und Hilfen der hochentwickelten Staaten für den Osten sind im Vergleich zum riesigen Kapitalbedarf zur Erneuerung der osteuropäischen Volkswirtschaften völlig unzureichend. Dies verschärft das Armutsgefälle zwischen Ost und West. Armut und Elend drohen demagogischem Nationalismus, neuen Konflikten und möglicherweise auch zukünftigen Kriegen eine neue Ausgangsbasis zu verschaffen.

Die NATO hat zwar zum Nordatlantischen Kooperationsrat für die Zusammenarbeit zwischen Vancouver und Wladiwostock eingeladen und spricht von einem "breitangelegten sicherheitspolitischen Ansatz". Ihre eigentliche Hardware, die beschlossenen "Verteidigungsrichtlinien" und die Militärstrategie, sind aber immer noch viel zu sehr vom militärischen Denken der Vergangenheit (wenn auch nicht mehr im Ost-West-, sondern im Nord-Süd-Verhältnis), zum Teil von den Nachwehen des Golfkrieges, geprägt: Kein formeller Verzicht auf den atomaren Ersteinsatz, und Aufbau von Eingreifverbänden, die für den Einsatz innerhalb

der NATO aber auch militärisch nutzbar sind -, für out-of-area-Einsätze. Außenstehende im Osten wie im Süden können den Eindruck haben, "hier bereiten sich die Reichen zur Verteidigung gegen den armen Rest der Welt vor".

Statt einer G7-Konferenz für einen koordinierten Entwicklungsplan des Westens zur ökonomischen und ökologischen Stabilisierung des Ostens gibt es eine Tagung über schlecht koordinierte (selbstverständlich dennoch sehr notwendige) humanitäre Hilfsaktion.

Statt mutiger Schritte auf dem Weg zu einem gemeinsamen Sicherheitssystem gibt es halbherzig ausgestattete KSZE-Institutionen und einen viel zu unverbindlichen (dennoch notwendigen) Nordatlantischen Kooperationsrat.

Gesamteuropäische Sicherheit unter heutigen Bedingungen heißt:

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist die Aussage des Bremer Parteitages der SPD vom Mai 1991 im Beschluß zu den europapolitischen Perspektiven aktueller denn je:

"Die Kernfrage der nächsten fünf Jahr wird sein, ob gesamteuropäische Strukturen entwickelt werden oder ob der Westen die bisherigen Mitglieder des Warschauer Paktes ausklammert. Angesichts der abzusehenden Destabilisierungsgefahren auf den verschiedensten Ebenen ist ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem heute notwendiger denn je."

Vor dieser Frage stehen wir heute, in dem oben erwähnten Zusammenhang eines politisch-ökonomischen und ökologischen Gesamtkonzept europäischer Sicherheit. Darauf müssen wir eine durchdachte und realisierbare konkrete Antwort geben. Deshalb meine Anregung zur Diskussion.

B. Bisherige Beschlüsse der SPD zum Gesamteuropäischen Sicherheitssystem.

Das Ziel gesamteuropäischer Sicherheitsstrukturen und die Erkenntnis von der notwendigen Änderung der NATO in diesem Prozeß wurde von uns Sozialdemokraten spätestens seit der Wende im Osten Deutschland thematisiert und konkretisiert: Vor dem Parteirat am 27. März 1990 sagte Oskar Lafontaine:

"Wir streben die Überwindung der Militärblöcke an. An Ihrer Stelle willen wir ein vertraglich fixiertes europäisches Sicherheitssystem" und schlug eine deutsch-polnische Brigade als Ausdruck der Veränderungen vor.

Das Positionspapier der SPD vom 25. April 1990 "Von der Konfrontation der Blöcke zu einem europäischen Sicherheitssystem" ging zwar noch von der Vorstellung der gleichzeitigen Auflösung der Blöcke aus. Die historische Entwicklung hat zur Selbstauflösung des Warschauer Paktes und der kommunistischen Gesellschaftssysteme sowjetischer Prägung geführt. Unabhängig davon haben jedoch die von der SPD damals formulierten "ersten Bausteine für ein Europäisches Sicherheitssystem" nach wie vor höchste Aktualität. So forderten wir unter anderem:

- "eine Verifikationsagentur,
- ein Krisenmanagemetzentrum,
- Schaffung eines Organs zur Streitschlichtung,
- die Schaffung eines europäischen Sicherheitsrates der Außen- und Verteidigungsminister,
- die Koordinierung der militärischen Luftaufklärung und Überwachung,
- Vereinbarungen über die Kooperation der militärischen Stäbe,
- der Aufbau einer deutsch-polnischen, nach dem Muster der deutsch-französischen Brigade."

Der SPD-Parteitag in Bremen forderte im Mai 1991:

"Die KSZE sollte als gesamteuropäische Institution einen völkerrechtlich verbindlichen Charakter im Sinne eines Europäischen Vertrages für Sicherheit und Zusammenarbeit erhalten."

Ein kleiner Teil der damaligen SPD-Vorschläge wurde von der KSZE-Konferenz in Paris am 21. November 1990 übernommen, so das Konfliktverhütungszentrum und der "Ausschuß hoher Beamter" als Organ zur Streitschlichtung. Dennoch blieben die KSZE-Institutionen (weil ein Teil der KSZE-Staaten an alten Souveränitätsvorstellungen festhält) zu schwach und mit geringen Kompetenzen ausgestattet. Als Elemente eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems sind sie noch völlig unzureichend.

Erneut mahnte die SPD in einem gemeinsamen Beschluß von Präsidium und Fraktion den NATO-Gipfel am 7. und 8. November 1991 in Rom an, angesichts der neuen Entwicklungen den Übergang zu einem System gesamteuropäischer Sicherheit einzuleiten. Im übrigen forderten wir in diesem Beschluß auch drastische Maßnahmen gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen und zur Vernichtung aller taktischen Atomsprengköpfe in Ost und West.

Zwar befaßte sich der NATO-Gipfel in Rom 1991 mit der gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur und stellte fest:

"Die Herausforderungen, die sich uns in diesem neuen Europa stellen werden, können ... nur in einem Geflecht ineinandergreifender Institutionen ... umfassend aufgegriffen werden."

Konkret im Sinne gesamteuropäischer Sicherheitsstrukturen wurde die NATO im November 1991 aber auch nicht.

Die SPD war bei der Beschreibung der "Grundzüge eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems" bereits in ihrem Positionspapier vom April 1990 erheblich weiter:

"... Ziel aller dieser Schritte ist ein europäisches Sicherheitssystem, in dem die Bündnisse aufgehen, nationale Alleingänge ausgeschlossen sind und in das die Streitkräfte der Teilnehmerstaaten eingebunden werden. ...

Mitglieder des europäischen Sicherheitssystems sollten alle KSZE-Teilnehmerstaaten sein. ... Zur Mitgliedschaft gehört:

- die gemeinsame Verpflichtung auf die UN-Charta;
- die Friedenspflicht untereinander und nach außen;
- die Akzeptanz institutioneller Kontrollen im Interesse der Vertrauensbildung;
- die Anerkennung einer obligatorischen Streitschlichtung;
- eine Beistandspflicht."

Für die neue Friedens- und Sicherheitsordnung gibt es im Grunde vier Varianten:

1. Die KSZE selbst wird zu einem handlungs- und sanktionsfähigen Vertrag über europäische Sicherheit und Zusammenarbeit, der die NATO quasi aufhebt.
2. Die NATO selbst wandelt sich zum kollektiven Sicherheitsorgan der KSZE-Staaten.
3. Die NATO bleibt ein Militärbündnis, das zusätzliche Funktionen für die politische und ökonomische Stabilisierung im Sinne der KSZE-Ziele übernimmt.
4. NATO, KSZE, Nordatlantischer Kooperationsrat, WEU und andere europäische Institutionen stimmen sich aufeinander ab, vernetzen sich und schaffen so gesamteuropäische Sicherheitsstrukturen. Auch hier müßte sich die NATO und der Nordatlantische Kooperationsrat erheblich wandeln und zur Sicherheit und Stabilität im gesamten KSZE-Bereich beitragen. NATO und/oder Nordatlantischer Kooperationsrat würden zu einem Teil des Systems der Sicherheit und Stabilität innerhalb des KSZE-Gebietes.

Am realistischsten erscheinen Varianten 3. und 4., möglicherweise als in zwei Schritten zu verwirklichendes Konzept. Die Vernetzung von KSZE, Nordatlantischem Kooperationsrat und NATO würde die vorhandenen Sicherheitsstrukturen nutzen und zu gesamteuropäischen verbindlichen Sicherheitsstrukturen ausbauen. Da die Zeit drängt, ist es wahrscheinlich und realistisch, die bestehenden Strukturen für die neuen Aufgaben zu nutzen und umzuwandeln.

Während des Kalten Krieges wurden die transatlantischen Beziehungen vorwiegend unter dem Gesichtspunkt des Schutzes vor von der Sowjetunion drohenden militärischen und ideologischen Gefahren gesehen. Jetzt besteht die große Chance, transatlantische Bindungen und gesamteuropäische Aufgaben konzeptionell und praktisch besser als je zuvor miteinander zu verbinden. Diese Chance sollte die deutsche Außenpolitik mit dem Ziel einer - künftigen die Staaten Osteuropas und der GUS einbeziehenden - neuen erweckten und vertieften transatlantischen Sicherheitspartnerschaft und demokratischen Wertegemeinschaft entschlossen und konsequent nutzen.

Selbst die CSU beginnt, sich der neuen Lage bewußt zu werden und forderte am 11. Januar 1992 in Wildbad Kreuth, von der Bundesregierung ein Gesamtkonzept über "außenpolitische und außenwirtschaftliche, kulturelle und sicherheitspolitische Perspektiven auf wissenschaftlich abgesicherter Grundlage" und schlußfolgert: "Erst eine Angleichung der Lebensverhältnisse in ganz Europa kann existentielle Krisen verhindern..."

Dennoch, trotz aller realistischer Einschätzung fehlt es offensichtlich bei den Regierungsparteien in Deutschland und in der NATO an dem Mut, mit der notwendigen Konsequenz, Schlußsichtigkeit und Geschwindigkeit der neuen Lage gerecht zu werden.

C. Sicherheitspolitische Interessen, Risiken und Notwendigkeiten:

Alle hochentwickelten Staaten Westeuropas, die USA und Japan haben aus moralischen Gründen wie auch aus wohlverstandenen eigenen Motiven das existentielle Interesse, die neuen Demokratien Osteuropas und der GUS ökonomisch, ökologisch und sozial zu stabilisieren. Andernfalls wären aufgrund der Verunsicherung und Perspektivlosigkeit der Bevölkerung un kalkulierbare Sicherheitsrisiken zu erwarten.

Im wesentlichen geht es um den Aufbau von zwei Säulen europäischer Sicherheit:

1. Wichtigster Pfeiler europäischer Sicherheit wird jetzt eine gesamteuropäische Wirtschafts-, Sozial und Umweltpolitik. Denn: Auch im Osten braucht die Demokratie eine wirtschaftliche, soziale und ökologische Perspektive wie die Luft zum Atmen.

Zur Illustration der aktuellen notwendigen Soforthilfe: Wenn es nicht gelingt, die Verteilung des Saatgutes im Frühjahr zu gewährleisten, zum Beispiel durch Bereitstellung der notwendigen Treibstoffe (die wegen der Umstellung auf Devisen nicht mehr bezahlbar sind), würde es im Sommer und Herbst Hungeraufstände mit der Gefahr begleitender wachsender gewaltsamer Konflikte geben. Wenn die NATO-Mitgliedstaaten nur zwei Prozent aus ihrem Gesamtetat von rund 500 Milliarden US-Dollar Verteidigungsausgaben jährlich abzugeben würden, würden sie erheblich zur Lösung solcher Probleme beitragen, einschließlich dringender Maßnahmen zum minimalen Aufbau der Infrastruktur der landwirtschaftlichen Versorgung. Dies wäre auch eine Art nicht-militärischer aber sicherheitspolitisch relevanter "Beistandsverpflichtung" gegenüber den GUS-Staaten.

2. Der Aufbau gesamteuropäischer Sicherheitsstrukturen unter Einfluß Osteuropas und der GUS-Staaten wird zur wichtigsten Aufgabe.

Die NATO als die einzige funktionierende militärische Sicherheitsorganisation in Europa muß alle Anstrengungen unternehmen, um zum Aufbau eines gesamteuropäischen Sicherheitssystem im Sinne der KSZE beizutragen. Der Nordatlantische Kooperationsrat ist ein erster - allerdings noch viel zu zaghafter - Schritt in diese Richtung.

(/27. Februar 1992/rs/fr)

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe.)